

P R O T O K O L L  
der 330. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 23. Februar 2010
Zeit	19.30 - 21.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Wegmüller Beat Treier Hannes (Geschäft Nr. 2.16)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Corti Andrea (ab 20.00 Uhr), Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kempf Daniela, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat (ab 19.32 Uhr), Schneider Beat, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Streit Lee, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wenger-Kupferschmied Ursula
Stimmzähler	Eber Béla, von Fischer Niklaus
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	Huber Manuel, Kneubühler Peter, Pulver Gerhard, Ziberi Johanna
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte	16
-----------	----

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. Januar 2010	169
2	Fortsetzung der Behandlung der Traktanden der Sitzung vom 19. Januar 2010	169
10	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2010	169
11	Begegnungszone Turbenweg; Objektkredit	170
12	Kreisel Sonnenfeld; Kreditabrechnung	175
13	Motion Manz (SP) betr. Einrichtung einer ständigen Bau- und Planungskommission (BPK) des Grossen Gemeinderats	176
14	Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl und Abstimmung	178
15	Motion Fankhauser (SP) betr. Beleuchtung der Veloabstellplätze und den Wegen zu den Abstellplätzen	179
16	Motion Wegmüller (SP) betr. Internet-Abstimmung	180
17	Postulat Gautschi (forum) betr. Bildung einer nicht ständigen Kommission für die Begleitung des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz (A6 auf Gemeindegebiet)	180
18	Postulat Wakil (SP) betr. Einführung Minergie-P Standard	181
19	Postulat SVP-Fraktion betr. Erschliessung Gewerbegebiet Worbstrasse direkt ab Perron	182
20	Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Ideenwettbewerb Altersheim für Erweiterung und Gestaltung Speisesaal Altersheim Nussbaumallee	182
21	Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. TV Filmaufnahmen Gemeinde Muri	183
22	Interpellation Manz (SP) betr. Situation im Multengut	183
3	Informationen des Gemeinderats	184
4	Neue parlamentarische Vorstösse	185

Der Vorsitzende eröffnet die 330. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 34 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Ratsmitglieder, die VertreterInnen der Presse sowie die Gäste.

### Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

## 1 **Protokoll der Sitzung vom 19. Januar 2010**

Francesca Ruta (SP) erklärt zum Traktandum 24, neue parlamentarische Vorstösse, Seite 164, es handle sich beim Postulat betr. Fussgänger-Verbindung Thoracker nicht um einen Vorstoss von ihr, sondern von Beat Schneider.

Die Gemeindegemeinderin erklärt dazu, da das Postulat durch Herrn Schneider nicht unterzeichnet sei, habe man den Vorstoss nach ihr als Erstunterzeichnende benannt.

Auf Frage des Vorsitzenden erklärt Francesca Ruta, sie stelle Antrag auf folgende Berichtigung: "Postulat Schneider (SP) betr. Fussgänger-Verbindung Thoracker".

Die Gemeindegemeinderin fordert deshalb Herrn Schneider auf, den Vorstoss auf der Gemeindegemeinderin zu unterzeichnen.

### Beschluss

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der obgenannten Korrektur genehmigt.

## 2 **Fortsetzung der Behandlung der Traktanden der Sitzung vom 19. Januar 2010**

### 2.10 **Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2010**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Als gemeinderätlicher Sprecher führt Christian Staub aus, das Motto im Zusammenhang mit diesem Rahmenkredit sei, die Mittel dort einzusetzen, wo Handlungs- bzw. Unterhaltsbedarf bestehe. Der Bedarf ergebe sich aus dem Road-Management, welches seit einigen Jahren der Verwaltung als Grundlage diene. Daraus werde auch der Mittelbedarf abgeleitet, der jährlich bereitgestellt werden sollte, damit ein Minimalstand erhalten werden könne. Der jährliche Gesamtmittelbedarf belaufe sich auf rund 1,5 Mio. Franken. Dieser Mittelbedarf errechne sich wie folgt: Der Wiederbeschaffungswert des kommunalen Strassennetzes betrage rund 95 Mio. Franken. Aufgrund des jährlichen Verlustes resp. der Alterung der Werke sollten jährlich 1,6 % oder 1,5 Mio. Franken bereitgestellt werden. Die Mittelbereitstellung erfolge

- mit dem verlangten Rahmenkredit von CHF 0,5 Mio.
- mit den im Budget 2010 eingestellten CHF 0,11 Mio.
- mit den Objektkrediten der Jahre 2009-2014 von ca. CHF 0,75 Mio.

Dies ergebe zusammen rund 1,36 Mio. Franken. Die eigentlich geforderten 1,5 Mio. Franken würden also nicht erreicht, es stehe weniger zur Verfügung, als an sich der jährliche Verlust gemäss Berechnung betrage. In den letzten Jahren hätten sich die Ausgaben im Strassenbereich auf durchschnittlich 1 Mio. Franken belaufen, was bedeute, dass grundsätzlich ein ausgewiesenes und aufgelaufenes Manko bestehe. Er ersuche den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Christian Staub verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2010 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

**2.11 Begegnungszone Turbenweg; Objektkredit**

Rolf Friedli informiert, die GPK habe anlässlich von zwei Sitzungen und eines Informationsanlasses die Realisierbarkeit des vom Gemeinderat vorgelegten Kreditantrags ausführlich geprüft. Bei dieser Überprüfung habe sich die GPK schwerpunktmässig auf die technischen und die baurechtlichen Aspekte konzentriert und sich vom Ingenieurbüro Weber + Brönnimann von der fachlich korrekten Ausführung der Planung überzeugen lassen. Der Gemeinderat habe versichert, dass keine rechtlichen Einwände ersichtlich seien, welche die Realisierbarkeit dieser Begegnungszone sollten verhindern können. Die politische Würdigung, ob der Gemeinderat diesen Auftrag im Sinn der Abstimmungsbotschaft vom 18. März 2008 erfüllt habe, werde den politischen Parteien überlassen. Die GPK empfehle mit 3 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat habe in seiner Botschaft an das Parlament auf die „Rahmenbedingungen“ hingewiesen, welche direkten Einfluss auf das nun vorliegende Projekt gehabt hätten. All diese Bedingungen seien berücksichtigt worden. Es dürfe, ja es könne daher von einer erfolgreichen Umsetzung der Planungsvorgaben gesprochen werden. Auch die in der Botschaft genannten Kosten würden mit den errechneten Aufwendungen für dieses Projekt korrespondieren. Sein erstes Fazit laute also: Die Vorgaben seien eingehalten worden, sowohl bezüglich Umsetzung der Rahmenbedingungen als auch der Kosten. Er möchte hier nochmals einzelne Punkte dieses Projektes ansprechen:

Übergeordnetes Ziel sei und bleibe die Herstellung einer Verbindung zwischen alt (Zentrum Füllerich, Post / Coop) und neu (Zentrum Migros/Coop). Dafür solle eine Begegnungszone realisiert werden, auf der die Fussgänger Vortritt hätten, eine Zulieferung der im Perimeter liegenden Geschäfte aber nach wie vor gewährleistet bleibe. Mit der optischen und räumlichen Ausgestaltung solle ein „dorfähnlicher Platz“ entstehen. Beim vorliegenden Projekt habe speziell dieser Punkt einen sehr hohen Stellenwert und grosse Bedeutung. Mit der gewählten Verbindungsart, den vorgesehenen Materialien, der Farb- und Lichtgebung wie auch der Verkehrsführung könne dies erreicht werden. Alle im Planungserimeter liegenden Geschäfte müssten zwingend so erschlossen bleiben, dass eine Anlieferung mit LKW's wie heute möglich sei. Es gebe keine Nutzungseinschränkungen in den Gewerbegebäuden am Turbenweg respektive am Friedrich Glauser Weg. Diese Auflage sei nicht diskutierbar. Dies setze deshalb ein Einverständnis aller Verkehrsteilnehmer voraus, die sich auf den beiden Verkehrsachsen Turbenweg und Friedrich Glauser Weg begegnen würden. Mit der gewählten Form der Begegnungszone werde die Position des Fussgängers sehr stark betont und schaffe für ihn eine gute Ausgangslage und sichere Benutzung. Die Forderung nach einem Realersatz des heutigen Kleinkinderspielplatzes habe primär erreicht werden können. Es sei auch dem Gemeinderat bewusst, dass die hier nun vorliegende Lösung nicht „das Gelbe vom Ei“ sei. Sehr gerne hätte er mit einer Neuerstellung mitten in der Begegnungszone viel zu einer noch attraktiveren Zone beigetragen. Die Eigentümer seien aber nicht bereit gewesen, entsprechendes Land dafür abzugeben. Dies sei leider ein Faktum und darüber lasse sich auch nicht mehr diskutieren. Der Baustellenperimeter mit insgesamt rund 180 Laufmeter Strasse und einer Gesamtfläche von zirka 2600 m<sup>2</sup> (Turbenweg 80x15 m, Friedrich Glauser Weg 100x14 m) sei beträchtlich. Diese Fläche entspreche in etwa einem halben Fussball-

feld. Heute seien es rund 1800 m<sup>2</sup> Strassenfläche. Es gebe sehr viele Anschlüsse an bestehende Flächen auf Privatgrund mit unterschiedlichen Niveaus. Dies verlange eine subtile Bauweise, damit z.B. die Entwässerung dann auch richtig funktioniere. Aufgrund der Mehrflächen bedinge es zudem mehr Entwässerungsschächte, als heute vorhanden seien. Entsprechend müssten Anschlüsse an die bestehende Kanalisation gebaut werden. Eine Etappierung sei zwingend, da eine Schliessung der Strassen nicht möglich sei. Alle bisherigen Verbindungen müssten immer offen bleiben. Die erste Etappe werde der Turbenweg sein, der sofort nach der Realisierung des neuen Zentrums erstellt werden solle. Alle anderen Flächen würden anschliessend in kleineren Etappen folgen. Dies beanspruche entsprechend Mehrzeit, sei aber auch kostenintensiver. Wann dies alles gemacht werden könne, sei abhängig vom Baubeginn des neuen Zentrums. Nun habe er noch einen Hinweis zum Verfahrensstand: Während der Auflage- und Einsprachefrist seien 2 Einsprachen eingereicht worden. Zuständig für die Behandlung dieser Einsprachen sei das Regierungsstatthalteramt. Dieses Amt habe nun die Gemeinde ersucht, mit den Einsprechern direkt zu verhandeln, da es auf eine Einigungsverhandlung verzichte. Ein Termin für die Gespräche werde zurzeit gesucht. Sein zweites Fazit laute: Ein sicher nicht billiges, aber aufgrund der planerischen, baulichen und räumlichen Komplexität verhältnismässiges Projekt liege vor, welches es verdiene, umgesetzt zu werden. Auch oder gerade weil es für Gümligen sei. Er bitte den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und den Objektkredit zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Ruth Raaflaub teilt mit, die FDP-/jf-Fraktion unterstütze das Projekt für die Begegnungszone Turbenweg. Selbstverständlich seien auch für sie 1,1 Mio. Franken viel Geld. Man habe aber vorher von Christian Staub gehört, weshalb es soviel koste. Bei einer Gesamtbausumme von 50 Mio. Franken werde dies im Übrigen relativiert. Es wäre ein schlechtes Signal, einerseits gegenüber den Investoren, andererseits gegenüber dem Stimmvolk, wenn an der geplanten Begegnungszone gespart werden sollte. Das Gesamtprojekt, inklusive der Begegnungszone, sei von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde mit 80 % Ja-Stimmen gutgeheissen worden, auch wenn klar sei, dass das Gesamtpaket angenommen worden sei und vielleicht nicht alle mit allem 100%-ig einverstanden gewesen seien. Mit dem hellen Belag auf der ganzen Zone werde diese optisch verbreitert und stelle eine klare Verbindung der bestehenden Geschäfte zum neuen Zentrum her. Die Bäume, die Bänke, die Brunnen, die helle Beleuchtung und diverse bauliche Massnahmen würden zur neuen positiven Identität der Begegnungszone beitragen. Zum Namen Friedrich Glauser Weg für das Verbindungsstück Füllerichstrasse-Turbenweg habe sie eine persönliche Bemerkung anzubringen: Glauser Weg wäre benützerfreundlicher, eine Strasse im Ostring heisse auch nicht Albert Ankerstrasse, sondern Ankerstrasse. Der bedeutende Schriftsteller, welcher in Muri wohnhaft gewesen sei, werde geehrt und ein seit 1996 hängiges Postulat von Anne-Marie Hauri (FDP) werde dadurch erfüllt. Das Schriftband mit Zitaten und Werken von Glauser entlang des ganzen Weges ergänze die Namensgebung ideal. Es werde sicher dazu beitragen, dass auch spätere Generationen daran erinnert würden, wer Friedrich Glauser gewesen sei und was er geleistet habe. Es sei klar, dass bei anderen Platz- und Besitzverhältnissen andere Gestaltungsmöglichkeiten am Turbenweg bestehen würden. Es bringe jedoch nichts, bestehende Parkplätze aufzuheben und umgestalten zu wollen, welche in Privatbesitz seien. Enteignungen seien in unserem politischen System zum Glück eher selten und man habe vorher von Christian Staub gehört, wie die Situation sei. Es wäre auch für die Geschäfts- und Liegenschaftsbesitzer undenkbar, wenn die Zufahrt generell verunmöglicht würde. Deshalb habe man entsprechend geplant und sei Kompromisse eingegangen, was ihrer Ansicht nach gut gelungen sei. Bei diesem Projekt sollte also nicht das Haar in der Suppe gesucht werden, sondern man möge

sich auf eine neue Frisur freuen und den Objektkredit Begegnungszone Turbenweg bewilligen.

Stefan Gautschi führt namens der forum-Fraktion aus, in der Abstimmungsbotschaft vom März 2008 für die Planung Turbenweg werde darauf hingewiesen, dass das heutige Zentrum Gümligen städtebaulich und funktionell zu wenig biete. Vor dem neuen Einkaufszentrum solle ein „belebter Dorfplatzbereich“ entstehen. Von Freiraum sei die Rede und es solle eine planerische Aufwertung gebildet werden. Das forum unterstütze dieses Ziel, in eine Planung zu investieren, damit die Bevölkerung und auch das Gewerbe einen anziehenden Mittelpunkt erhalten würden. Der Dorfteil Gümligen sei ja im Vergleich zu Muri mit seinem neuen Marktplatz bisher leer ausgegangen. Das vorliegende Projekt unter der Bezeichnung „Begegnungszone Turbenweg“ und der dazu notwendige Kredit von 1,1 Mio. Franken würden jedoch in keiner Weise den aufgeführten Zielen und den beim Bürger geweckten Vorstellungen entsprechen: Eine Begegnungszone sei aus technischer und juristischer Sicht nichts anderes als die Reduktion einer Strasse auf Tempo 20 und eine neue Verkehrsregelung, die den Fussgängern flächendeckend den Vortritt gewähre. Der Name „Begegnungszone“ sei leicht verwirrend und vermöge vorzutäuschen, es werde hier von einem Dorfplatzbereich gesprochen, statt von einem Strassenwerk. Das Projekt benötige für die Umwandlung der 100 m langen Strasse in eine Begegnungszone mit Strassenmarkierung und Beschilderung einen Kredit von 1'100'000.00 Franken. Ob hier nicht übers Ziel hinausgeschossen werde? Ungefähr 500'000.00 Franken würden alleine zu Lasten des Ersatzes des Belages und des Einsatzes eines sogenannten „Fries“ gehen. Ob mit diesem neuen Strassenbelag das Ziel einer städtebaulichen Aufwertung und funktionellen Verbesserung erreicht werde? Brauche eine Tempo 20-Strasse einen speziellen und neuen Belag? Für mehrere 100'000.00 Franken erhalte der Turbenweg eine Strassenbeleuchtung. Ob diese Investitionen gerechtfertigt seien, wenn man bedenke, dass nach Ladenschluss eine Beleuchtung nicht mehr erforderlich sei und diese auch sonst kaum in Betrieb sein werde? Der Turbenweg werde durch die Bauarbeiten des neuen Zentrums und der Tiefgarage mit Sicherheit in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauherrschaft sei verpflichtet, nach Bauende Wiederherstellungsarbeiten zu erbringen. Diese würden dank dem Einsatz der Öffentlichkeit für den neuen Belag entfallen. Trotz einer gross angelegten Einstellhalle im neuen Zentrum und der gewünschten Verlagerung der Abstellplätze unter den Boden würden im gesamten Perimeter nur marginal Parkplätze verringert. Ob die angrenzenden, zukünftig überdimensionierten Parkplatzgebiete nicht prädestiniert gewesen wären, einen verkehrsfreien Dorfplatz inkl. Spielplatz zu bilden? Ob hier der Grundstein für eine endlose Diskussion über Parkplätze und Mehrverkehr ähnlich dem Gümligenfeld gelegt werde? Werde hier nicht ein „Suchverkehr“ für begehrte Oberflächenparkplätze gefördert? Es stelle sich dann auch die Frage, ob die grosszügig konzipierte Tiefgarage wirklich notwendig wäre und damit auch die unschöne Situation, dass damit der hinzufliessende Bach neu für immer an die Oberfläche gepumpt werden müsse? Obwohl die Fussgängerzone der Begegnungszone als „langgezogener Dorfplatzbereich“ bezeichnet werde, hätten Spielgeräte oder eine Spielplatzzone keinen Raum gefunden. Ein Kinderspielplatz sei 80 m weiter entfernt in den Sportplatz des Schulhausareals gesetzt worden. Da dieser Kinderspielplatz nicht zur Schulanlage gehöre und von zwei Seiten durch eine Strasse eingegrenzt werde, müsse er vollständig eingezäunt werden. Ob dieser Gitterwald wohl zum Spielen und Verweilen animiere? Aufgrund der Verlegung des Spielplatzes auf das Schulhausareal müssten die 100 m-Laufbahn und das Fussballfeld des Schulhauses ersatzlos verringert werden. Ob dies dem Willen des Bürgers entspreche, für einen privaten Investor Teile der Schulanlage zu opfern?

Aufgrund all dieser Löcher im Projekt empfehle die forum-Fraktion dem GGR, den Objektkredit für das Projekt vorerst abzulehnen. Das neue Zentrum könne durchaus ohne die Begegnungszone gebaut werden. Aufgrund der bestehenden Bedürfnisse

und der grossen Chance, einen Gümliger Dorfplatz und Ort der Begegnung im Zentrum zu schaffen, wünsche das Forum nach Baubeginn des Einkaufszentrums eine erneute Aufnahme der Planung des gesamten Perimeters; diesmal unter einem anderen Vorzeichen. Vielleicht könnte ja ein ausgeschriebener Wettbewerb bessere Lösungen bringen, als die freihändige Vergabe an einen einzelnen Planer.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion stimme diesem Kredit zu. Es handle sich um unbestrittene Ermassen um einen stolzen Betrag, welcher investiert werden solle. Er sehe dies aber - ähnlich wie Ruth Raaflaub - in Relation zum grossen Projekt, welches dort realisiert werden solle. Für all das, was an der Oberfläche gestaltet werde, würden Baurechtszinseinnahmen aus dem Turbenweg von rund 1 1/2 Jahren investiert. Dies stehe durchaus in einem gesunden Verhältnis zueinander. Mit dieser Vorlage werde der neue Dorfkern in Gümligen aufgewertet; dort bestehe erwiesenermassen Nachholbedarf. Die Planung in diesem Perimeter sei schwierig. Es seien viele Interessen, viele verschiedene Nutzer und viele verschiedene Eigentümer vorhanden. Man spreche hier nicht von Parkplätzen entlang einer Strasse, sondern von Privateigentum. Anlässlich der Informationsveranstaltung, welche für die Parlamentarier abgehalten worden sei, habe die SVP mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass mit den Grundeigentümern und den Baurechtsnehmern eine Einigung habe gefunden werden können, welche deren Eigentumsrechte wahre. Es sei die Vorstellung vorhanden, den Friedrich Glauser Weg verkehrsfrei zu halten. Dazu sei zu sagen, dass dies aufgrund der Situation für die Anlieferung einzig für das kurze Stück vor der heutigen Migros-Filiale in Frage kommen würde, dies seien 30 m. Auch dort müsste die Befahrbarkeit bis hin zu den Lastwagen sichergestellt bleiben. Bei dieser Frage gehe es also schlussendlich noch darum, ob man für diese 30 m zwei Tafeln "Fahrverbot mit Zubringerdienst" montiere. Dies habe mit dem vorgelegten Kredit nichts zu tun und könnte immer noch, sollte sich dies wider Erwarten als nötig erweisen, vorgenommen werden. Man habe gehört, der Kinderspielplatz werde nicht adäquat ersetzt. Wenn die Situation mit der heutigen verglichen werde, müsse man sagen, es handle sich auf jeden Fall nicht um eine Verschlechterung, tendenziell eher um eine Verbesserung. Heute sei die gleiche Distanz vorhanden, ebenso die Strassennähe, ebenso die Umzäunung auf zwei Seiten. Das Versprechen sei abgegeben worden - und dies sei sicherlich von allen Seiten unbestritten -, dass der Kinderspielplatz nicht ersatzlos gestrichen werde. Seiner Auffassung nach sei die vorgesehene Lösung ein adäquater Ersatz für den Kinderspielplatz.

Suzanne Fankhauser führt aus, die SP-Fraktion habe soeben gehört, das Projekt sei verhältnismässig nicht billig. Aus ihrer Sicht müsse aber gesagt werden, es sei nicht verhältnismässig und zu teuer. Bei genauer Betrachtung entstehe der Eindruck, dass einfach ein wahnsinnig teures Strassenprojekt entstehen solle. Dem könne unter dem Begriff Begegnungszone nichts Positives abgewonnen werden. Es handle sich einfach um eine zu teure Strasse, welche nicht wirklich eine Begegnungszone sei. Unter Begegnungszone sei etwas anderes zu verstehen, nämlich ein Bereich zum Verweilen, wo sich Menschen begegnen würden. Bei dieser Strassensituation habe man eher das Gefühl, die Autos würden sich begegnen und wenn man Glück habe, habe es noch ein paar Menschen, welche zur Seite springen müssten. Im Jahr 2009 habe die SP-Fraktion das Geschäft nicht abgelehnt, weil sie an der Kostenrechnung etwas angezweifelt hätte, sondern weil sie ein Ungleichgewicht bei der Kosten-/ Nutzensituation ausgemacht habe. Zu diesem Kosten-/Nutzenverhältnis würden nach wie vor Vorbehalte bestehen. Was das Thema Kinderspielplätze anbelange, so handle es sich wirklich um eine Notlösung, welche nicht so bestehen bleiben sollte. Die SP wünsche sich eine bessere Variante, im Sinne von "begegnen", auch von Kindern, die sich begegnen. Es sollte ein Treffpunkt geschaffen werden, welcher

- 23. Februar 2010 -

solche Begegnungen von Menschen und Kindern ermöglichen würde. So gesehen stelle die SP zwei Anträge, nämlich

1. dass ein separater Objektkredit für den Spielplatz zur Abstimmung gebracht werde und
2. dass für die Schaffung des Spielplatzes ein Objektkredit von CHF 100'000.00 gesprochen werde.

Ruth Raaflaub (FDP/jf) erklärt, da dieser Spielplatz nun so zentral behandelt werde, wolle sie doch noch etwas dazu sagen. Sie gehe mit Markus Bärtschi einig, dass die vorgesehene Lösung sicherlich keine Verschlechterung darstelle. Sie sei im Übrigen nie mit ihren Kindern auf einen Spielplatz gegangen, sondern sie sei mit ihnen ins Füllerich oder in den Wald gegangen. Sie sei nie darauf angewiesen gewesen, irgendeinen Spielplatz der Gemeinde zusätzlich zur Verfügung gestellt zu erhalten. Sie finde es schade, wenn nun an diesem Thema irgendetwas aufgehängt werden solle.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Sprecher der GPK, Rolf Friedli, verzichtet auf ein Schlusswort.

Christian Staub erklärt, es seien einige Fragen bzw. Bemerkungen gefallen, welche einer Antwort seinerseits bedürften. Die Ausführungen von Markus Bärtschi, wonach die Zufahrt zur Migros über ein Teilstück des Turbenwegs erfolge, müsse er berichtigen. Die Zufahrt erfolge von der Füllerichstrasse her und die Wegfahrt via Turbenweg. Was die Bemerkungen bezüglich Kosten-/Nutzenverhältnis von Suzanne Fankhauser anbelange, so sei dies Ansichtssache. Man könne sich schon fragen, ob für so viel Geld "so wenig" gemacht werden solle. Er halte dafür, dass die Beurteilung von vielem nicht in der Kompetenz der jeweiligen Person liege, da diese die Akten nicht kennen würde. Die Details, die diese Planung ausgelöst habe, hätten genau gezeigt - dies habe auch die GPK zur Kenntnis nehmen müssen - dass bei einer derartigen Planung und vor allem bei deren Umsetzung viel mehr dahinter sei. Sehr viele Massnahmen seien nötig, dass dies überhaupt möglich sei. Man könne die Strasse so belassen wie sie sei. Es solle aber im Nachhinein niemand kommen und sagen, dies sei kein Zustand. Betreffend Antrag der SP wolle er sich nicht äussern, darüber solle das Parlament entscheiden. Er gehe davon aus, dass es einen weisen Beschluss fassen werde. Bezüglich den Ausführungen von Ruth Raaflaub betreffend Glauser Weg oder Friedrich Glauser Weg sei er der Meinung, der Name sei Friedrich Glauser. Dieser kompetente Mann habe es auch verdient, mit Vornamen genannt zu werden. Er wisse nicht, ob das Beispiel der Stadt Bern dasjenige sei, welches wir übernehmen müssten. Es gebe andere Sachen, welche wir besser machen könnten als die Stadt Bern, ob es gerade ein Strassenname sei, wage er zu bezweifeln. Zu Stefan Gautschi stelle er fest, dass er - sowie die ganze forum-Fraktion - grundsätzlich ein Ablehner des ganzen Projekts sei. Es tue ihm leid, aber er sei der Meinung, dass das nun Vorliegende dem entspreche, was dem Gemeinderat als Aufgabe übertragen worden sei. Wenn nun verlangt werde, dass ein Forum gemacht werde oder die Bevölkerung darüber abzustimmen habe, so werde in 5 Jahren noch nichts vorliegen. Es seien so viele diametrale Interessen vorhanden. Der Gemeinderat sei der Meinung und überzeugt davon, dass das, was dem Stimmvolk vorgelegt worden sei, hier 1:1 im Rahmen dieser Planung auf dem Tisch liege. Stichwort Begegnungszone: Es sei richtig, es handle sich nach wie vor um eine Strasse, aber er wolle ausdrücklich betonen, dass die Fussgänger dort wirklich Vortritt hätten. Alle, welche sich jemals in einer Tempo 20-Zone befunden hätten, wüssten, dass der Verkehr dort grundsätzlich hinten anstehen müsse. Wenn dies nicht so sei, müssten Massnahmen ergriffen werden. Er möchte zwar weder Poller setzen noch ständig einen Polizisten hinstellen, aber es sei auch eine Frage, wie man miteinander in dieser Begegnungszone umgehe. Er finde es schizopren, wenn das



forum nun sage, es sei ja wahnsinnig, eine halbe Mio. Franken für einen Strassenbelag auszugeben. Auf der andern Seite habe das forum auf der Aebnitstrasse einen farbigen Belag verlangt. Die Strasse und die Beleuchtung seien Teile der Gesamtkonzeption. Nur so wirke die Begegnungszone als solche. Bezüglich Wiederherstellungsarbeiten der Bauherrschaft nach Benützung der Strasse könne er ausführen, dass die Erschliessung der Baustelle nicht primär über den Turbenweg erfolgen werde, sondern direkt über die Moosstrasse. Bei den oberirdischen Parkplätzen handle es sich, wie von Markus Bärtschi angetönt, um private Grundeigentümer. Dort habe man versucht, Lösungen zu finden und er sei mit den gefundenen zufrieden. Zu den Fragen und leidigen Diskussionen bezüglich den unterirdischen Parkplätzen sage er nichts mehr. Bei jedem Geschäft seien diese ein Riesenthema und er müsse feststellen, dass noch nichts daraus gelernt worden sei, nachdem man die ganze Planung so verabschiedet habe und nun das Thema trotzdem immer wieder neu aufnehmen wolle.

Abstimmung über den ersten Antrag der SP-Fraktion ("Ein Objektkredit für den Spielplatz ist separat zur Abstimmung zu bringen"):

Beschluss (8 Ja / 22 Nein / 6 Enthaltungen)

Der Antrag der SP-Fraktion wird abgelehnt.

Damit erübrigt sich der zweite Antrag der SP-Fraktion.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats:

Beschluss (19 Ja / 16 Nein / 1 Enthaltung)

Für die Schaffung der Begegnungszone Turbenweg wird ein Objektkredit von CHF 1'100'000.00 bewilligt.

## 2.12 **Kreisel Sonnenfeld; Kreditabrechnung**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, die Abrechnung erfolge innerhalb der Kreditlimite. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer habe verbessert und erhöht werden können. Das Bauwerk dürfe als gelungen bezeichnet werden, erfülle seinen Zweck und zeichne sich aus durch eine einfache und zweckmässige Ausgestaltung. Das Ortsbild beim Dorfeingang habe dadurch eine wesentliche Aufwertung erfahren. Die im vergangenen Dezember durch den Werkhof erstmals angebrachte Weihnachtsbeleuchtung am Zylinder aus Armierungsstahl in der Kreiselmitte dürfe sicherlich als gelungen und attraktiv bezeichnet werden. Er möchte sich bei den Mitarbeitenden des Werkhofs bestens für ihr innovatives "Gspüri" bedanken. Er er suche darum, die vorliegende Abrechnung zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Christian Staub verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über die Sanierung und Gestaltung des Kreisel Sonnenfeld wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit in der Höhe von CHF 360'000.00 mit CHF 350'736.35 ab (Kreditunterschreitung von CHF 9'263.65).

**2.13 Motion Manz (SP) betr. Einrichtung einer ständigen Bau- und Planungskommission (BPK) des Grossen Gemeinderats**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Büros GGR liege schriftlich vor. Zuerst werde das Wort dem Motionär, Matthias Manz, erteilt, welcher sich bitte dazu äussern möge, ob er seine Motion umwandeln oder an seinem Antrag, welchen er vorgängig der Sitzung verteilt habe, festhalten wolle.

Matthias Manz (SP) bedankt sich beim Büro GGR für die Beantwortung seiner Motion. Er sei mit dem schriftlichen Vorschlag nicht ganz einverstanden. Er denke, es sei unbestritten, dass Handlungsbedarf bestehe, was die Vorberatung anbelange. Der Rat habe zum Teil über sehr viele Geschäfte zu beraten. Bei solchen, wo eine vertiefte und gründlichere Abklärung nötig wäre, entstehe dann die Situation, dass man sie entweder zurückweise oder einfach durchwinke. Diese Situation sei unhaltbar und auch nicht vertretbar gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Deshalb habe er den Vorschlag gemacht, eine zweite ständige Kommission zur Vorbereitung der grösseren Bau- und Planungsgeschäfte einzurichten. Aufgrund verschiedener Meinungsäusserungen des Büros, des Gemeinderats und aus anderen Fraktionen habe er nun festgestellt, dass dieser Vorschlag nicht auf grosse Gegenliebe stosse. Es würden vor allem Doppelspurigkeiten mit der Geschäftsprüfungskommission befürchtet, welche eigentlich zur Vorberatung dieser Geschäfte geschaffen sei. Er könne gewisse Begründungen durchaus anerkennen, es dürfe aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass damit die GPK stärker belastet sein werde. Er habe dann seine Motion in ein Postulat zuhanden des Büros GGR umwandeln wollen. Damit habe er dem Büro die Freiheit geben wollen, eine andere Möglichkeit der intensiveren Vorberatung vorzuschlagen, als eine separate Kommission. Es sei nun primär aus Kreisen der FDP der Einwand gekommen, dies sei gar nicht möglich, das Reglement des GGR würde dies nicht zulassen. Deshalb sei er bereit, anstelle der Motion einen Antrag an das Büro zu richten, welcher zum Inhalt habe, dass die GPK die Vorberatung neu solle gestalten können. Der entsprechende Antrag liege den Ratsmitgliedern schriftlich vor. Der Sinn der Übung sei, dass die Fristen und Abläufe so angepasst würden, dass die Geschäfte wenn nötig intensiver vorberaten werden könnten oder dass sie frühzeitig zuhanden des Grossen Gemeinderates zur Beschlussfassung freigegeben würden. Dies bedeute zum Beispiel, dass der Gemeinderat seine Vorlagen zwei Wochen vorher der GPK übergebe. Die GPK habe dann zu prüfen, ob es sich um ein Geschäft handle, welches einer intensiveren Vorberatung unterzogen werden müsste und nicht in die nächste GGR-Sitzung gelangen könne, oder ob es sich um ein Routinegeschäft handle. Er werde wirklich darauf beharren, dass das vorliegende Geschäft vom Büro GGR beraten werde. Das Büro müsse sich genau überlegen, wie die Gestaltung zwischen Büro und GPK aussehen solle, wobei der Gemeinderat selbstverständlich in diese Gestaltung miteinbezogen werden solle. Es handle sich nicht um eine Aktion, welche gegen den Gemeinderat gerichtet sei, sondern sie habe den Zweck, die Qualität der Beschlussfassung des Rates zu verbessern. Er ersuche den Rat daher, seinem vorliegenden Antrag zuzustimmen, womit er dann seine Motion als erledigt zurückziehen könne.

Hannes Treier erklärt, das Büros des Grossen Gemeinderates sei schon bei der Beratung der Motion grundsätzlich der Meinung gewesen, dass gewisse Anliegen be-

rechtigt seien. Das Büro habe nun vor der heutigen Sitzung bereits Kenntnis erhalten vom vorliegenden Antrag und diesen vorgängig beraten. Das Büro sei damit einverstanden, den Antrag entgegenzunehmen. Es sei vorgesehen, eine gemeinsame Sitzung mit einer Delegation der GPK und einer Delegation des Gemeinderats abzuhalten, anlässlich welcher eine Auslegeordnung gemacht und ein Fahrplan festgelegt werden solle. Sobald man wisse, welche Massnahmen und Zuständigkeiten angepasst und festgelegt werden müssten, werde dann zu gegebener Zeit ein Vorschlag vorgelegt. In diesem Sinn hoffe er, dass dem Antrag zugestimmt werde.

Jsabelle Gossweiler führt als Sprecherin der GPK aus, es habe ja nun gewisse Änderungen gegeben. Sie werde trotzdem verlesen, was die GPK beschlossen habe, obwohl dies eigentlich schon obsolet sei. Sie verweise auch auf die Stellungnahme der GPK an das Büro, welche heute aufgelegt worden sei. Das Büro des GGR verweise darauf, dass die bereits bestehende Baukommission sowie die Planungs- und Verkehrskommission vermehrt in die Vorbereitung der Geschäfte einzubeziehen seien. In der Antwort des Büros vermisse die GPK die Erwähnung ihrer eigenen Stellungnahme. Die GPK sei der Ansicht, dass die Errichtung eines zusätzlichen Gremiums wenig Sinn mache. Die Aufgabenstellung, wie sie der Motionär verlange, gehöre in den Kernaufgabenbereich der GPK. Eine zusätzliche Prüfungskommission würde zu einer schwierigen Aufgabenteilung mit der GPK führen und damit zu vorprogrammierten Doppelspurigkeiten und Kompetenzschwierigkeiten. Allerdings halte die GPK fest, dass sie und damit auch das Parlament bei umfangreichen Projekten seitens des Gemeinderats viel früher in die Abläufe einbezogen werden sollten. Die GPK stelle sich als Vertreterin des Parlaments dem Gemeinderat zur Verfügung, bereits frühzeitig zu Geschäften von grossem Ausmass Stellung zu nehmen. In diesem Sinn empfehle die GPK einstimmig die Überweisung der Motion als Postulat zuhanden des Gemeinderats, mit dem Zusatz, ebenfalls die Möglichkeit zu erörtern, die GPK bei grösseren Geschäften bereits früher einzubinden. Allenfalls notwendige Anpassungen der Pflichtenhefte und Zuständigkeiten sollten als Teil des Prüfauftrages aufgezeigt werden.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, da es sich hier schwergewichtig um ein ratsinternes Geschäft des Parlaments handle, wolle sich der Gemeinderat grosse Zurückhaltung auferlegen. Es hätten sich ja nun mit diesem Antrag gewisse Änderungen ergeben. Für den Gemeinderat sei es sehr wichtig, dass nicht eine zusätzliche Kommission geschaffen werden solle; die vorgesehene Umwandlung werde deshalb sehr begrüsst. Der Gemeinderat sei ganz klar der Meinung, dass die GPK ohne Weiteres in der Lage sei, diese Aufgabe wahrzunehmen. Selbstverständlich sei der Gemeinderat bereit, zusammen mit dem Büro und der GPK nach guten Lösungen zu suchen.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Matthias Manz noch von Hannes Treier verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Auf Antrag Manz (SP) wird das Büro des Grossen Gemeinderats beauftragt, eine Vorlage zu erarbeiten, die der Geschäftsprüfungskommission des GGR ermöglicht, zukünftig namentlich grössere Bau- und Planungsgeschäfte inhaltlich vertieft und mit dem dazu erforderlichen zeitlichen Spielraum vorberaten zu können.

#### *Anmerkung:*

*Die Motion Manz (SP) betr. Einrichtung einer ständigen Bau- und Planungskommission (BPK) des Grossen Gemeinderats gilt dadurch als zurückgezogen.*

## 2.14 Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl und Abstimmung

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung des Vorstosses als Postulat und die anschliessende Abschreibung.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er könne weitestgehend auf die vorliegende Botschaft verweisen. Für den Gemeinderat sei klar, dass, wenn die heutige Stimmbeteiligung - welche unter den bernischen Gemeinden klar überdurchschnittlich sei - weiter erhöht werden solle, es nur eine sinnvolle Handlungsschiene gebe, nämlich die der elektronischen Abstimmung. Diese werde zweifellos Zukunft haben, wobei noch einige Hürden zu überspringen seien. Der Kanton Bern habe die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen. Der Gemeinderat sei der Meinung, die Ressourcen sollten in diesen Handlungsstrang investiert werden und es sollte nicht versucht werden, via Verbilligung bzw. Übernahme des Portos durch die Gemeinde einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen. Er gehe davon aus, dass die Wirkung dieser Portoübernahme eine sehr kleine wäre. Aus aktuellem Anlass könne er die Botschaft ergänzen: Letzte Woche sei eine Einladung der Staatskanzlei zu einer Besprechung betreffend Mitmachen der Gemeinde Muri als Pilotgemeinde beim E-Voting eingetroffen. Gestützt auf dieses Schreiben der Staatskanzlei könne davon ausgegangen werden, dass Muri eine der Gemeinden sein werde, welche ab dem Jahr 2011 am Pilotversuch teilnehmen können. In einer ersten Phase gehe es sicher einmal um die Wahlbeteiligung der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, der Versuch werde dann schrittweise ausgedehnt und schliesslich gehe man davon aus, dass irgendeinmal alle Stimmberechtigten die Möglichkeit der elektronischen Abstimmung hätten, sollten sie es wünschen. Der Gemeinderat sei der Meinung, diese Schiene sollte weiterverfolgt werden.

Ursula Wenger (EVP) erklärt, politisieren sei wie Kaffee trinken oder Zeitung lesen, etwas Angewöhntes oder Angelehrtes. Die Marketingleute wüssten, dass man eine Zielgruppe möglichst früh erreichen müsse. Deshalb lancierten sie - für den Nachwuchs an Kaffeetrinkern und Zeitungslesern sicherzustellen - kalte, süsse Kaffegetränke respektive kompakte Zeitungen mit mehr Fotos. Auf die politische Ebene übersetzt seien dies die Einstiegswähler. Abstimmungen und Wahlen seien schliesslich die ersten politischen Handlungen. Alle, welche man zu diesem Zeitpunkt nicht motivieren könne, aktiv zu politisieren, habe man vielleicht für immer verpasst. Die Zukunft liege mit Sicherheit im E-Voting, da gehe sie mit Herrn Saxer einig. Bis dies jedoch für alle Realität sei, würden noch einige Jahre vergehen. Marketingmässig wäre es also clever, die Zielgruppe Einstiegswähler unterdessen anders zu motivieren. Das Desinteresse am politischen Mitmachen und die damit verbundenen Probleme, Nachwuchs zu rekrutieren, seien bekannt. Mit der Aussage, das Gratisporto könnte die Stimmbeteiligung positiv beeinflussen, sei darum nicht in erster Linie "hoffentlich mehr Wähler", sondern "hoffentlich mehr jüngere Wähler" gemeint. Für Junge, und nicht etwa nur Teenies, bedeute schriftliche Kommunikation hauptsächlich E-Mails oder SMS. Dies bestätige auch die Post mit bald einmal 30 % weniger Briefen. Deshalb sei es für Junge nicht mehr selbstverständlich, Briefmarken vorrätig zu haben. Wir Ältern hätten ja schliesslich auch keinen Siegellack mehr zu Hause. So könne es passieren, dass das Stimmmaterial zwar gelesen und ausgefüllt werde, anschliessend aber zu Hause liegen bleibe, weil die gute Kinderstube es verbiete, das Couvert unfrankiert in den Briefkasten zu werfen. Vielleicht würden sie auch nicht gerade in der Nähe des Gemeindehauses wohnen, wo man das Couvert gratis in den Briefkasten werfen könnte. Wenn man das Stimmmaterial aber tel quel in den nächsten Briefkasten werfen könnte, zum Beispiel auf dem Weg zur Arbeit oder in den Ausgang, so würden sicher mehr dieser Unterlagen auch tatsächlich bei der Gemeindeverwaltung ankommen. Zum Punkt Finanzierung: Man könne sich für eine Aktion zur Wahlmotivation kaum ein kostengünstigeres Szenario vorstellen. Der

Betrag von ca. 1'630.00 Franken pro Abstimmungsgang entspreche ungefähr einer Minute des 1. August-Feuerwerks, und dies erst noch ohne Umweltverschmutzung. Der Punkt Pilotphase solle ermöglichen, dass man diese Aktion problemlos auch wieder abbrechen könne, sollte sie denn gar nichts bringen. Aber heute wolle sie den Rat bitten, diesem Versuch eine Chance zu geben und dieser Motion zuzustimmen. Im Übrigen würden neben den Gemeinden Köniz und Zollikofen auch noch die Bernburger - immerhin ca. 20'000 Personen - gratis abstimmen. Und wer von diesen persönlich an die Urne gehe, dem werde erst noch ein Cüpli serviert. Aber keine Angst, so weit gedenke sie nicht zu gehen.

Auf Frage des Vorsitzenden bestätigt Ursula Wenger, dass sie an der Motion festhalte.

Suzanne Fankhauser empfiehlt namens der SP-Fraktion wärmstens, dieser Motion zuzustimmen. Sie sei der Meinung, es würden noch Jahre vergehen, bis die Möglichkeit der elektronischen Abstimmung für alle, nicht nur für die Auslandschweizer, vorhanden sein werde. Man möchte nicht so lange Jahre zuwarten mit dem Versuch, Wählende zu gewinnen. Dazu komme, dass es vielleicht noch ein anderes Segment gebe: Es gebe zwar sicher Leute, die von der elektronischen Abstimmung profitieren und ein E-Voting sobald wie möglich in Angriff nehmen würden. Sie könne sich aber auch gut vorstellen, dass viele dem Abstimmungswesen via Computer gegenüber eher skeptisch seien und lieber die Finger davon lassen würden. Wenn sie eine Wahl hätten, würden sie lieber schriftlich abstimmen und wenn sie dann nicht noch eine Briefmarke kaufen müssten, wären sie bei den Abstimmungen dabei. Man sollte versuchen, diese Leute, welche Angst vor dem Computer hätten, aber abstimmen möchten, abzuholen. Sie ersuche darum, die Motion anzunehmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (18 Ja / 16 Nein / 2 Enthaltungen)

Die Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl und Abstimmung wird überwiesen.

## **2.15 Motion Fankhauser (SP) betr. Beleuchtung der Veloabstellplätze und den Wegen zu den Abstellplätzen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung des Vorstosses als Postulat und die anschliessende Abschreibung.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, dem Rat sei ein Bericht vorgelegt worden, welcher grundsätzlich aufzeige, wie sich die Beleuchtung der Veloabstellplätze und deren Zufahrten präsentiere bzw. wie sie sichergestellt werden solle. Er gehe davon aus, dass die Ratsmitglieder anhand der Tabelle feststellen könnten, dass einiges gemacht worden oder in Bearbeitung sei. Die Abklärungen seien recht intensiv gewesen und er mache beliebt, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Suzanne Fankhauser (SP) bedankt sich für die geschaffene Transparenz und die sehr detaillierte Darlegung in der Botschaft. Sie sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat und mit der anschliessenden Abschreibung einverstanden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Fankhauser (SP) betr. Beleuchtung der Veloabstellplätze und den Wegen zu den Abstellplätzen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

Für die Behandlung des nachfolgenden Geschäfts übergibt der Vorsitzende die Leitung dem 1. Vizepräsidenten, Hannes Treier.

**2.16 Motion Wegmüller (SP) betr. Internet-Abstimmung**

Der 1. Vizepräsident orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung und die anschliessende Abschreibung des Vorstosses.

Hans-Rudolf Saxer verweist als gemeinderätlicher Sprecher auf die Botschaft sowie auf seine Ausführungen zum Geschäft Nr. 2.14. Dem Anliegen der Motion sei mit der "Bewerbung" beim Kanton zur Teilnahme an den ersten Pilotabstimmungen vollumfänglich nachgekommen worden. Wie bereits erwähnt, stünden die Chancen gut, dass die Gemeinde aktiv teilnehmen könne und man freue sich auf den Testlauf. Der Vorstoss sei damit erfüllt.

Matthias Manz (SP) gibt im Auftrag des Motionärs bekannt, dieser sei mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden und folge dessen Antrag.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Wegmüller (SP) betr. Internet-Abstimmung wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

**2.17 Postulat Gautschi (forum) betr. Bildung einer nicht ständigen Kommission für die Begleitung des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz (A6 auf Gemeindegebiet)**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung des Vorstosses.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, es sei ihm bei diesem Vorstoss sowohl um die Definition der Ziele als auch um das Aufzeigen von Auswirkungen einer oberirdischen oder unterirdischen Autobahnerweiterung gegangen. Die Petition "Autobahn unter den Boden!", welche vom Gemeinderat gestützt worden sei, habe eine Lösung gezeigt, welche die Autobahn neu unter einem Wohnquartier und durch eine Grundwasserzone geführt habe. Das Komitee "Pro Seidenbergtunnel" hätte Monate später in der Presse eine neue und verbesserte Autobahnführung präsentiert, welche jedoch als Folge ein Tunnelportal mit offener Spurenlegung und Landverschleiss im Landschaftsgebiet Saali vor dem Quartier Melchenbühl zur Folge gehabt hätte. Die in der Petition beschriebenen Ziele schienen oberflächlich zu sein und teilweise nicht mit den detailliert beschriebenen Indikatoren des Vernehmlassungsberichts des ASTRA übereinzustimmen. Aus diesem Grund hätte sich eine Kommission diesem komplexen Thema annehmen sollen und die wünschenswerten Ziele der technischen Engpassbeseitigung erarbeiten und auch die Konsequenzen einer unterirdischen

- 23. Februar 2010 -

Lösung dem Bürger aufzeigen sollen. In der Zwischenzeit habe er die vorliegende Antwort auf sein Postulat erhalten und sei froh darüber, dass sich eine initiative Gruppe um das Komitee und die Gemeindebehörden herauskristallisiert habe, welche mit dem aufgeführten Vorgehen in der Antwort dem Thema die erforderliche Tiefe verleihen werde. Für die aktiven Gespräche und die einflussreichen Behördenbesuche möchte er sich namentlich beim Gemeindepräsidenten, Herrn Gemeinderat Christian Staub, Herrn Ernst Soltermann, als auch den Parlamentariern Hannes Treier und Peter Kneubühler bedanken. Er sei überzeugt, dass die Stossrichtung in die richtige Richtung gehe. Die vielen bisherigen Vorstösse hätten insofern etwas gebracht, als nun der Moment gekommen sei, dass das Projekt der Engpassbeseitigung A6 nicht mehr durch die Stadt Bern allein, sondern zusammen mit der Gemeinde Muri angegangen werden müsse.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Gautschi (forum) betr. Bildung einer nicht ständigen Kommission für die Begleitung des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz (A6 auf Gemeindegebiet) wird überwiesen.

### **2.18 Postulat Wakil (SP) betr. Einführung Minergie-P Standard**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung und die anschliessende Abschreibung des Vorstosses.

Kornelia Hässig führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, der Gemeinderat erachte die Fördermittel natürlich als sehr sinnvoll. Fördergelder für Minergie-Standard, Sonnenkollektoren etc. von Bund und Kanton seien ein wichtiger Motor. Sie würden den Sanierungswillen von Hauseigentümern unterstützen und den erneuerbaren Energien oder anderen Innovationen im Hausbereich zum Durchbruch verhelfen. Der Gemeinderat vertrete aber die Auffassung, dass die Mittel für die eigenen Aufgaben benötigt würden. Die eigenen Gebäude müssten saniert werden und es sei im Moment nicht sinnvoll, zusätzlich grosse Beträge – zu den jetzt schon fliessenden – auszuschütten, wenn die Mittel selber gebraucht würden. Wie der Presse habe entnommen werden können, sei am 3. Februar 2010 das BEakom unterschrieben worden. Damit stehe die Gemeinde in der Pflicht, selber Gebäude zu sanieren. Der Gemeinderat finde wie gesagt Fördergelder zwar sinnvoll, die Gemeinde brauche diese Mittel aber für eigene Zwecke. In diesem Sinn empfehle der Gemeinderat, das Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Ramina Wakil (SP) erklärt, die SP-Fraktion stimme der gemeinderätlichen Botschaft zu und sei mit der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats einverstanden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Wakil (SP) betr. Einführung Minergie-P Standard wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

**2.19 Postulat SVP-Fraktion betr. Erschliessung Gewerbegebiet Worbstrasse direkt ab Perron**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung und die anschliessende Abschreibung des Vorstosses.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Markus Bärtschi (SVP) erklärt, die Idee sei einmal in den Raum geworfen worden. Es gehe darum, dass es eigentlich unsinnig sei, jedes Mal bis zur Mitte des Zuges laufen zu müssen, um den Zug zu erreichen. Das Bauprojekt der CS sei dann zum Anlass genommen worden, dieses Postulat einzureichen. Wenn man den Plan des Bahnhofs Gümligen betrachte, so würde es auch noch andere Orte geben (Stichwort Tannacker), wo man an und für sich direkter an ein Perronende anschliessen könnte. Bei der CS hätte der Weg von ca. 250 m auf ca. 20 m reduziert werden können. Die SVP-Fraktion sei einverstanden mit der beantragten Überweisung und anschliessenden Abschreibung des Postulats. Trotzdem habe sie das Gefühl, die Idee sollte nicht gänzlich beerdigt werden. Sie sei im Übrigen auch der CS unterbreitet worden und er gehe davon aus, dass sie auch dort nicht vollständig vom Tisch sei. Das Ganze sei auch abhängig davon, was die CS beschliessen werde und was sie bereit sei, mitzufinanzieren. Wichtig sei auf jeden Fall auch für die Zukunft, dass man sich nicht irgendetwas wie die "Welle" von Bern vorgestellte, sondern eine einfache, schlanke Konstruktion mit zwei Treppen und einem Fussgängerübergang, sei es aus Holz, sei es aus Metall, wie man dies bei andern Bahnhöfen in der Schweiz sehen könne.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat SVP-Fraktion betr. Erschliessung Gewerbegebiet Worbstrasse direkt ab Perron wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

**2.20 Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Ideenwettbewerb Altersheim für Erweiterung und Gestaltung Speisesaal Altersheim Nussbaumallee**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Pia Aeschimann verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Urs Siegenthaler (FDP) erklärt, er danke dem Gemeinderat für die rasche Antwort, obwohl sie ein wenig später gekommen sei, als er erwartet habe. Er habe diese Anfrage auch im Interesse von andern Kollegen gemacht, von welchen er angegangen worden sei. Als Architekt habe er etwas Mühe damit, wenn von einer Ideenbörse gesprochen werde, es sei einfach eine Pauschale abgemacht worden. Aber die Antworten würden vorliegen, er bedanke sich und habe keine weiteren Bemerkungen anzubringen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.



**2.21 Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. TV Filmaufnahmen Gemeinde Muri**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Urs Siegenthaler (FDP) führt aus, er erachte den Film als etwas banal, er hätte auch drei anstatt zwei Minuten lang sein können. Er sei zwar weder Regisseur noch Visionär, aber es hätte auch etwas mehr über Gümligen drin sein können. Der Name der Privatperson, welche den Film sponsore, hätte seiner Ansicht nach noch genannt werden können.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, die Privatperson, welche sich spontan zur Übernahme der Kosten bereit erklärt habe, habe dies unter dem expliziten Hinweis getan, dass sie nicht genannt sein möchte.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

**2.22 Interpellation Manz (SP) betr. Situation im Multengut**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Matthias Manz (SP) stellt den Antrag auf Diskussion.

Beschluss (mehrheitlich)

Dem Antrag auf Diskussion wird stattgegeben.

Matthias Manz (SP) bedankt sich vorab beim Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Damit sei bereits ein erster Zweck des Vorstosses erfüllt, was zur positiven Würdigung der vorliegenden Antwort führe. Positiv finde er ebenfalls, dass der Gemeinderat klar und deutlich zum Ausdruck bringe, dass das Gebiet Multengut weiterhin öffentlich zugänglich bleibe. Beim Multengut handle es sich seiner Meinung nach um eines der historisch markanten Ensembles in der Gemeinde. Es gebe davon nicht sehr viele in der Gemeinde, deshalb sei es auch wichtig, dass es entsprechend geschützt und sorgfältig damit umgegangen werde. Dies sei auch der Hintergrund seiner Interpellation gewesen. Er komme nun zu den Punkten in der gemeinderätlichen Antwort, mit welchen er nicht ganz zufrieden sei. Vorab zur Erklärung, der Gemeinderat sei selber legitimiert gewesen, eine Zusatzvereinbarung abzuschliessen: Eigentlich sei im Vertrag klar festgelegt, welches die Fristen seien, wie die Verlängerung der Fristen und die Weiterverhandlung unter besonderen Voraussetzungen aussähen. Nun sei es aber tatsächlich so, dass das Projekt, welches man bei der Beschlussfassung 2004 vor Augen gehabt habe, ein anderes gewesen sei als dasjenige, welches heute realisiert werde und die Fristen seien weit überschritten worden. Er hätte eigentlich schon erwartet, dass der Gemeinderat mit diesem Anliegen wieder an den Rat gelange, vor allem auch, weil das Ganze nun anders aussehe, als wie man es damals vor sich gehabt habe, auch wenn das Bauprojekt nicht Gegenstand des Baurechtsvertrags gewesen sei. Zudem möchte er seine Überraschung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Denkmalpflege ihre Haltung gegenüber dem Bauprojekt stark verändert habe. Er gebe zu, dass es schwierig sei, als Laie gegen die Meinung der Denkmalpflege anzutreten. Man müsse aber schon sehen, dass durch dieses Bauprojekt das Ensemble stark verändert werde. Ob das Volk sich bei der Annahme der Überbauungsordnung im Jahr 2000 dies so vorgestellt

habe, wage er zu bezweifeln. Von aussen sehr auffallend seien die Aufschüttungen der Garagen, welche das Tenn - ein markantes architektonisches Merkmal - eigentlich völlig zum Verschwinden bringen würden. Da diese Aufschüttungen auf der ganzen Breite vorgesehen seien, werde der ganze untere Teil dieser Scheune von der Thunstrasse aus betrachtet verschwinden. Er bezweifle, dass dies bei der Erhaltung des ganzen Ensembles wirklich so gedacht gewesen sei. Dem Gemeinderat könne kein Vorwurf gemacht werden. Schon eher müsse dem Rat der Vorwurf gemacht werden, dass er im Jahr 2004 den Baurechtsvertrag, ohne nähere Auflagen den Ortsbildschutz betreffend, abgeschlossen habe. Man habe voll darauf vertraut, dass sich die Denkmalpflege darum kümmere. Man habe vermutlich nicht daran gedacht, dass eine Gemeinde wie Muri, welche einige markante Objekte im Ortsbild schützen wolle, ein grösseres Interesse daran habe, Einfluss zu nehmen auf die Umbauten, als die Denkmalpflege, welche eine grössere, kantonale Sicht einnehme. Man sollte die Lehren daraus ziehen und bei künftigen derartigen Verträgen, insbesondere bei heiklen Gebieten, von der Gemeinde her besser darauf achten, welche Einflussmöglichkeiten man bei der Realisierung habe und darauf, nicht alles aus der Hand geben zu müssen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

### 3 Informationen des Gemeinderats

Christian Staub orientiert zum tragischen Brandfall am Dammweg in Gümligen. Der 16. Februar sei sicher allen noch in trauriger Erinnerung. Eine Mitbürgerin und ein Mitbürger hätten am frühen Morgen beim Brandfall ihr Leben lassen müssen. Ein kleiner Bub habe glücklicherweise in letzter Sekunde gerettet werden können. Eine hochbetagte Bewohnerin habe rechtzeitig und ohne zu Schaden zu kommen ihre Wohnung verlassen können und habe sich bei der Nachbarin gemeldet. Er bitte die Anwesenden, sich zu Ehren der Verstorbenen zu einer Schweigeminute zu erheben.

Die Alarmierung sei sehr spät eingetroffen. Der erste Alarm sei bei der Polizei um 07.59 Uhr eingegangen, um 08.04 Uhr sei das interne Management durchgespielt gewesen, d.h. die Alarmierung auf Stufe des ganzen Corps habe erfolgen können. Um 08.07 Uhr habe die Feuerwehr bereits den ersten Schlauch gelegt und mit 5000 Litern Wasser pro Minute mit dem Löschen begonnen. Dies sei bereits viel zu spät gewesen, das Haus habe in Vollbrand gestanden und das Leben der beiden Personen zu retten sei damit verunmöglicht gewesen. Das Zusammenspiel aller Beteiligten sei sehr eindrücklich gewesen. An dieser Stelle möchte er sich recht herzlich bei der Feuerwehr Allmendingen-Muri-Gümligen bedanken, aber auch bei der Polizei, dem Care-Team und allen andern Organisationen, welche sich auf dem Brandplatz aufgehalten hätten. Es sei nicht selbstverständlich, dass alles in einer derart hektischen und speziellen Situation so ausserordentlich gut funktioniere. Im Nachgang zu diesem Brandfall liege noch viel Arbeit vor. Im Moment finde ein Debriefing mit denjenigen Personen unserer Feuerwehr statt, welche als erste vor Ort gewesen seien. Unter derartigen Ereignissen würden auch sehr bestandene Leute leiden. Er wolle auf etwas hinweisen, was sehr wichtig sei: Wie soeben zu hören gewesen sei, habe die Feuerwehr innerhalb kürzester Zeit vor Ort sein können. Die ersten 10 Minuten seien bei einem Brand massgebend. Wenn aber 1/2 Stunde bis zu 3/4 Stunden zu spät alarmiert werde, sei dies fatal. Die Feuerwehr könne in diesem Fall nur noch probieren zu schützen, was noch möglich sei. Der Aufruf gehe an die Nachbarschaft oder an die Entdecker solcher Ereignisse. Man solle nicht das Handy nehmen, das Ereignis filmen und ins Internet stellen. Er sei im Besitz einer CD, welcher entnommen werden könne, dass eine frühzeitige Alarmierung möglich gewesen wäre. Als erstes müsse direkt die Feuerwehr angerufen werden und wenn es sich einmal um einen Fehlalarm handle, so sei dies weniger tragisch als das nun

Erlebte. Deshalb der Aufruf an alle: Zuerst solle man das vorkehren, was wichtig sei, nämlich anrufen und dafür sorgen, dass jemand vor Ort komme. Sollte dann noch Zeit bleiben, mit dem Handy Filmaufnahmen zu machen und diese ins Internet zu stellen, könne man dies immer noch tun. Die Ursache dieses Brandes, welcher zu einem Schaden von über 1 Mio. Franken geführt habe, sei ein technischer Defekt und nicht, wie mancherorts gehört worden sei, eine Manipulation der Hauseigentümer gewesen. Es habe sich um eine defekte Steckdose im Keller gehandelt.

Seine zweite Mitteilung sei etwas erfreulicher. Alle Ratsmitglieder hätten die Einladung zur Zusammenschlussfeier der Feuerwehren Allmendingen-Muri-Gümligen vom 22. Januar 2010 in der Mooshalle erhalten. Er möchte an dieser Stelle den Feuerwehrmännern, welche diesen Event so bravurös vorbereitet und durchgeführt hätten, ganz herzlich danken. Es sei nicht selbstverständlich, dass die Feuerwehr auch auf diese Art und Weise eingesetzt werden könne. Sie sei also multifunktional und es habe sich einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Feuerwehr für alle sei.

Roland Meyer führt aus, er möchte kurz orientieren, was in der Schulanlage Horbern gehe. Man habe eine fortlaufende Information in Aussicht gestellt. Es handle sich um ein gutes Projekt. Der Winter habe zwar dem Programm ein wenig einen Streich gespielt. Es sei zeitlich etwas eng geworden, in der Zwischenzeit sei aber alles wieder aufgeholt worden. Die Kosten habe man auch im Griff, dies interessiere ja vermutlich am meisten. Mit den Vergabungen liege man derzeit unter dem Kostenvoranschlag und die Reserven müssten nicht angegriffen werden. Es handle sich um ein sehr gutes Projekt, da die Schulen integriert seien. Sie würden die ganze Bauphase begleiten und dies komme nicht nur bei den Schulen und den Kindern gut an, sondern auch bei den auf dem Bau tätigen Bauleuten. Die Kinder würden das gesamte Projekt begleiten, und zwar vom Abbruch bis zu dem Moment, wo dann schlussendlich die ersten Kinder diese Tagesschule besuchen würden. Das Ganze sei also auf gutem Weg und er hoffe, dies bleibe so. Eines Tages werde er dann auch Zahlen vorlegen können.

#### **4 Neue parlamentarische Vorstösse**

##### **Motion SP-Fraktion betr. Sanierung des Verwaltungsgebäudes**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Sanierung des Verwaltungsgebäudes umgehend an die Hand zu nehmen und diesbezüglich einen konkreten Zeitplan vorzulegen. Das Projekt soll unter anderem die räumliche Reorganisation und die energetische Sanierung beinhalten. Die Aussenraumgestaltung (Vorplatz inkl. Tramstation) ist ebenfalls in die Überlegungen einzubeziehen.

##### **Begründung:**

Das Verwaltungsgebäude repräsentiert auf keine Art und Weise, weder von innen noch von außen, unsere schöne Gemeinde. Das Gebäude und der Aussenraum wirken nicht einladend und sind nicht kundenfreundlich. Die Räumlichkeiten scheinen nicht effizient genutzt zu werden und die kundenorientierten Dienstleistungen sind über das ganze Gebäude verteilt.

Das Gebäude hat auch vom energetischen Standpunkt gesehen Sanierungsbedarf. Anfang Februar 2010 hat die Gemeinde die BEakom-Vereinbarung unterzeichnet. Damit verpflichtet sich die Gemeinde, ihre eigenen Gebäude mustergültig zu renovieren und zu betreiben. Die Energiekennzahlen für das Verwaltungsgebäude wurden erhoben, mit der Sanierung des Verwaltungsgebäudes kann ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Reduktion des Energieverbrauchs der gemeindeeigenen Bauten

- 23. Februar 2010 -

geleistet werden kann. Das Dach des Verwaltungsgebäudes dürfte für die Nutzung von Solarenergie geeignet sein.

Im Investitionsplan sind bis 2010 Ausgaben für Planungsarbeiten vorgesehen. Ab 2011 sollen nach Auffassung der SP-Fraktion die Projektierungsarbeiten an die Hand genommen und die entsprechenden Beiträge in Budget und Investitionsplan aufgenommen werden.

Mit der umfassenden Sanierung des Verwaltungsgebäudes zeigt der Gemeinderat, dass er es mit der BEakom-Vereinbarung ernst meint und dass ihm ein kundenfreundlicher und umweltgerechter Sitz der Gemeindeverwaltung am Herzen liegt. Indem die Gemeinde in den nächsten Jahren wichtige, grössere Sanierungsarbeiten an die Hand nimmt, leistet sie auch einen Beitrag zur lokalen wirtschaftlichen Wertschöpfung.

Muri bei Bern, 22. Februar 2010

Matthias Manz, Suzanne Fankhauser, Brügger Yong, Francesca Ruta, Urs Siegenthaler, Marc Kästli, Beat Schneider, Ramina Wakil, Marina Graham, Ursula Wenger, Ruth Raaflaub (11)

#### **Interpellation forum-Fraktion betr. Inkraftsetzung und Umsetzung Landschaftsrichtplan**

Anlässlich der Sitzung vom 3. November hat die Umweltschutzkommission beschlossen, mit der Inkraftsetzung des Landschaftsrichtplanes nicht zuzuwarten. Nach den vom Planer vorgenommenen Anpassungen (Umsetzungskonzept Vernetzungsprojekte) hat sie den Gemeinderat am 01. Dezember beauftragt, den ergänzten Landschaftsrichtplan beim AGR einzureichen. Nach Auskunft von K. Hässig hat der Gemeinderat den Landschaftsrichtplan verabschiedet und beim Kanton zur Genehmigung eingereicht. Das Umsetzungsprogramm sieht nach Auskunft von Frau Sahli in der überarbeiteten Fassung einen jährlichen Beitrag von CHF 50'000.00 vor (1/10 des jährlichen Gemeindebudgets für den Strassenunterhalt!).

Die im Richtplan erwähnten Massnahmen zur Erhaltung der ökologisch und ästhetisch wertvollen Landschaft verfolgen das Ziel, die hohe Lebensqualität in der Gemeinde zu erhalten. Erholungsnutzung und Umweltbildung sowie Information und Motivation der Bevölkerung werden als wichtig bezeichnet.

#### **Fragen:**

1. Muss der Landschaftsrichtplan nach der Genehmigung durch das AGR in der Gemeinde noch formell in Kraft gesetzt werden?
2. Wie und durch wen stellt der Gemeinderat sicher, dass die im Umsetzungsprogramm beschriebenen Massnahmen im vorgesehenen Zeitraum von 15 Jahren umgesetzt werden?
3. Welches sind die konkreten Vorstellungen des Gemeinderates, wie das genannte Ziel mit den CHF 50'000.00 pro Jahr zu erreichen ist?
4. Warum sieht der Investitionsplan für Naturschutzmassnahmen lediglich CHF 10'000.00 vor (0,14 Promille des Gemeindebudgets mit der Priorität C3 = Wunschbedarf) und aus welchem Grund hat der Unterhalt von Natur und Landschaft einen so geringen Stellenwert?
5. Welche Qualifikation hat das Werkhofpersonal für die Ausführung von ökologischen Aufwertungs- und Unterhaltsmassnahmen und von welcher kompetenten Fachperson wird es angeleitet und unterstützt?

- 23. Februar 2010 -

6. Wie, durch wen und in welcher Häufigkeit wird die ökologische Qualität und Wirksamkeit der Massnahmen überprüft, welche die Gemeinde vornimmt und an welche sie Beiträge ausrichtet?
7. Durch wen und mit welchen Methoden wird das Umweltverständnis der Bevölkerung in der Gemeinde gefördert?

Muri bei Bern, 22. Februar 2010

Niklaus von Fischer

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

### **Mitteilungen**

Der Vorsitzende gibt bekannt, der diesjährige Ratsausflug werde am Donnerstag, 2. September 2010, Beginn Mitte Nachmittag, stattfinden. Die Einladung werde bis vor den Sommerferien folgen.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Wegmüller Anni Koch

Der Vizepräsident:

Hannes Treier